

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Wahlprüfsteine Landtagswahl 2022 - Antwort Bündnis 90/ Die Grünen

1) Klimaschutz in der Freien Wohlfahrtspflege fördern!

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, soziale Organisationen dabei zu unterstützen, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?

Antwort: Wir wollen NRW bis 2040 klimaneutral machen, dazu sind in allen Bereichen und auf allen Ebenen grundlegende Veränderungen notwendig. Wir werden unsere Politik auf die Erreichung dieses Ziels ausrichten, angefangen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm. Gemeinnützige Organisationen haben oft spezifische Hemmnisse zu überwinden, wenn es um Investitionen in Klimaschutz geht. Wir werden dafür sorgen, dass Förderprogramme durchweg auch für Sozialunternehmen offenstehen und Hürden für die Inanspruchnahme abgebaut werden, indem bspw. Eigenanteile abgesenkt werden.

2) Ausschreibung von Sozialleistungen, Schutz des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses!

Wie setzen Sie sich für eine Wahrung des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses und des Wunsch- und Wahlrechts in NRW ein? Wie werden Sie konkret mit unzulässigen Ausschreibungen von Sozialleistungen umgehen?

Antwort: Das Wunsch- und Wahlrecht von Personen mit Unterstützungsbedarf ist für uns ein hohes Gut. Voraussetzung zur Umsetzung dieses Rechts ist die Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Leistungsträgern.

3) Dem Fachkräftemangel entgegenwirken, die Verhältnisse verbessern!

Welche Strategien setzen Sie ein, um lang-, mittel und kurzfristig mehr Fachkräfte im Sozialbereich zu gewinnen?

Antwort: Qualifizierte Fachkräfte sind der Kern einer guten sozialen Infrastruktur und somit Kitt unserer Gesellschaft. Wir fordern branchenweit allgemein verbindliche Tarifverträge für soziale Berufe und mehr betriebliche Mitbestimmung. Wir wollen die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen im Fach Erziehungswissenschaften bedarfsgerecht anpassen. Die praxisintegrierte Ausbildung werden wir ausbauen. Wir verbessern die Finanzierung außerbetrieblicher und schulischer Ausbildungszentren in sozialen Berufen. Um noch mehr Menschen für Ausbildung und Qualifizierung zu gewinnen, bauen wir Hürden ab, etwa bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, und schaffen mehr Flexibilität durch mehr Ausbildungen in Teilzeit. Zudem gibt es an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher, die wir gezielt im Rahmen der Berufswahlorientierung und Betriebspraktika an soziale Berufe heranführen wollen. Den Alltagshelfer*innen, die zu Corona-Zeiten in den Kitas eingesetzt wurden, wollen wir weiterqualifizieren. Zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte ist das Alltagshelfer*innenprogramm kurzfristig ein wichtiger Beitrag und soll fortgeführt werden. Studierende können während eines Pflichtpraktikums im Rahmen des Studiums weiterhin BAföG-Leistungen erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund das BAföG soweit verbessert, dass deutlich mehr Studierende es erhalten können, ein Teil elternunabhängig ausgezahlt wird und die Höhe ausreicht, damit Studierende ihren Lebensunterhalt daraus bestreiten können.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

4) Die Digitalisierung der Freien Wohlfahrtspflege fördern, für eine lebenswerte Gesellschaft!

Wie werden Sie die Förderung der Digitalisierung der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen?

Antwort: Wir wollen dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen an digitalen Technologien und Anwendungen teilhaben können. Es ist uns wichtig, dass niemand ausgeschlossen wird, alle einen Zugang zu einer schnellen Internetleitung haben und auch in der Lage sind, mit dieser Technik selbstbestimmt umzugehen. Damit alle Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, wollen wir digitale Angebote speziell für ältere Menschen verstärken und Bildungsangebote für digitale Medien ausbauen. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“ fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Damit Menschen ohne eigenes Endgerät digital teilhaben können, setzen wir uns für mehr frei verfügbare Computer in öffentlichen Einrichtungen ein. Wir wollen bis zum Ende des Jahrzehnts ein flächendeckendes Glasfasernetz erreichen und bereits früher zu einem flächendeckenden 5G-Netz kommen. Wir wollen außerdem zivilgesellschaftliche Vereine und Organisationen darin unterstützen, ihre Online-Angebote barrierefrei, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen auszugestalten. Von diesen Maßnahmen können auch die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege profitieren.

5) Migration und Integration: Heimat ohne Grenzen denken!

Wie planen Sie bei der weiteren Implementierung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) – insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes (TIIntG NRW) – die verbindliche Einbeziehung der Freien Wohlfahrtspflege?

Antwort: Geteilte Aufgabenbewältigung, geteilte Verantwortung und Austausch auf Augenhöhe sind zentral für unser Verständnis von Subsidiarität. Wir setzen stark auf die langjährige Expertise sozialer Akteure. Wir Grüne haben in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, soziale Akteure vom Beginn der Gestaltung der Integrations- und Flüchtlingsarbeit bis hin zur Operationalisierung zu stärken und mit einzubeziehen. Für den Erfolg des sogenannten Kommunalen Integrationsmanagements ist maßgeblich, dass behördliche und zivilgesellschaftliche Akteure zusammen an einem Tisch sitzen, um die Integrationsstrukturen vor Ort gemeinsam voranzutreiben. Dafür werden wir uns weiter stark machen. Im Rahmen der Verhandlungen des TIIntG NRW haben wir zudem reinverhandeln können, dass zukünftig die Integrationskonzepte der Kommunen die Zusammenarbeit und Abstimmung mit freien Trägern vorsehen sollen. Wir arbeiten bereits sehr eng mit den sozialen Trägern zusammen und werden dies auch in einer möglichen Regierungsbeteiligung fortsetzen.

6) Offenen Ganztags ohne Lücken denken!

Welche Maßnahmen planen Sie hinsichtlich der Finanzierung und Personalausstattung und damit der qualitativen Ausgestaltung der Ganztagsangebote?

Antwort: Es darf nicht sein, dass die Qualität des Offenen Ganztags von der Finanzkraft einer Kommune abhängig ist. Die OGS und damit auch die Ausgestaltung des Rechtsanspruchs muss gesetzlich geregelt werden. Die Qualitätsstandards müssen mit einem Personalschlüssel einhergehen und der Förderung von Fachkraftstellen. Mit der Qualität der Beschäftigung und dem Angebot sicherer Stellen steigen auch die Chancen, Berufsrückkehrer*innen zu gewinnen. Möglichkeiten berufsbegleitender Qualifizierung sind ebenso notwendig wie der Ausbau der Ausbildungskapazitäten.



Freie Wohlfahrtspflege NRW

7) Armut: Jugend braucht Chancen!

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie der Armut, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen entgegenwirken und die Lebensverhältnisse sozial Benachteiligter verbessern?

Antwort: Das Thema „Kinder- und Jugendarmut“ muss zu einem der Top-Themen der nächsten Landesregierung werden. Kinder und Jugendliche egal welcher Herkunft müssen die gleichen Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe haben. Deshalb werden wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam mit den Kommunen gegen Kinderarmut zu kämpfen. Wir werden die kommunalen Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Damit Mittel für Kinder besser zugänglich sind, werden wir uns für die Umsetzung des Kinderchancenportals einsetzen. Wir werden zudem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen stärken, um so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien zu schaffen. Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Günstigen Wohnraum schaffen wir für Auszubildende durch Lernenden-Wohnheime.

8) Quartiersarbeit stärken!

Welche Maßnahmen planen Sie, um eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Quartiersarbeit zu gewährleisten und wie stehen Sie zu der Forderung einer Einrichtung und Finanzierung von Quartierskoordinator*innen in Kommunen?

Antwort: Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich alle Generationen darin wohlfühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne Oasen mit fußläufiger Erreichbarkeit für alle, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität und fördern die Gesundheit. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung und Beratung, die zu ihrer Situation passt. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich, barrierefrei und trägt damit zur öffentlichen Gesundheit („Public Health“) bei. Dafür schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm ‚Quartier inklusiv‘, das die verschiedenen Bereiche umfasst.